

A1 Internationale Institutionen

Antragsteller*in: Ingo Henneberg, Melanie Müller
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Antragsbehandlung

Antragstext

1 Streichungen kursiv/unterstrichen, Einfügungen **fett/unterstrichen**

- 2 • Z. 302 Die EU muss global als Friedensmacht Verantwortung übernehmen. Vor
3 allem, wenn die Vereinten Nationen blockiert sind, muss sie für die
4 Wahrung der Allgemeinen Menschenrechte, die UN-Konventionen sowie die
5 Paris-Deklaration und die Agenda 2030 in möglichst transparenten und
6 inklusiven internationalen Zusammenschlüssen agieren. Dazu zählen zum
7 Beispiel die G-7 und G-20, die NATO, das transatlantische Bündnis und
8 themenspezifische Allianzen. Die Bildung flexibler Koalitionen,
9 **Kontaktgruppen** und Allianzen sollte aber auch in bestehende
10 Partnerschaften und Kooperationsformate eingebettet sein (z.B. AU-EU-
11 Partnerschaft, Allianz für Multilateralismus) und offen gestaltet werden.

Begründung

- a) Präzisierung: Der Begriff "Allgemeine Menschenrechte" wird so nicht verwandt, allenfalls sollten man von universiellen Menschenrechten sprechen. Allgemeine Menschenrechte scheint einen Bezug auf die allgemeine Erklärung der Menschenrechte zu sein, dies grenzt den Korpus an Rechten allerdings unnötig ein.
- b) Ergänzung: Internationale Kontaktgruppen sind heute ein wichtiges instrument informellen internationalen Krisenmanagements und ein Möglichkeit sehr unterschiedliche/ sogar gegnerischen Akteure einzubinden, ein Umstand der in Zeiten von potentiell blockierten UN besonders wichtig ist.

A2 Abrüstung und Rüstungskontrolle

Antragsteller*in: Imke Kügele, Sonja Schiffers, Winfried
Nachtwei, Daniel Hecken
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Antragsbehandlung

Antragstext

1 Streichungen kursiv/unterstrichen, Einfügungen **fett/unterstrichen**

2 Zeile 32 ff.:

3 Gleichzeitig werden wir von unseren tiefsten Überzeugungen als Friedenspartei
4 nicht abrücken. Auch wenn militärische Mittel aktuell zur Verteidigung **und**
5 **Wiederherstellung** des Friedens und zur Solidarität mit den Menschen in der
6 Ukraine unausweichlich sind, stehen wir im Sinne einer feministischen
7 Außenpolitik langfristig **auch** für die Prinzipien von Abrüstung,
8 **Vertrauensbildung** und Demilitarisierung**Rüstungskontrolle** sowie den Vorrang des
9 Zivilen ein. Feministische Außenpolitik liegt die Überzeugung zugrunde, dass
10 Geschlechtergerechtigkeit und gleichberechtigte Teilhabe Voraussetzungen für
11 nachhaltigen Frieden und Sicherheit in der Welt sind. Unsere Bemühungen zur
12 Stärkung von Initiativen zur atomaren Abrüstung und zur Rüstungskontrolle müssen
13 wir gerade in diesen stürmischen Zeiten erhöhen. In unserem Streben nach einer
14 Welt ohne Atomwaffen werden wir nicht nachlassen.

15 Zeile 368:

16 Vorrang für Abrüstung und Rüstungskontrolle**Neue Impulse für Abrüstung und**
17 **Rüstungskontrolle**

18 Zeile 369 ff.:

19 Der Vorrang für**Der Einsatz für** Abrüstung, **Vertrauensbildung** und
20 Rüstungskontrolle war, ist und bleibt das zentrale Merkmal von BÜNDNIS 90/DIE
21 GRÜNEN als Friedenspartei. Dies gilt für alle Waffensysteme, ob nuklear,
22 kleinkalibrig oder digital. Wir sehen die Gefahr regionaler und internationaler
23 Aufrüstungsspiralen, die oft Eskalationsdynamiken und Unsicherheit befeuern,
24 **sowie die Herausforderungen durch die Erosion von Abrüstungs- und**
25 **Rüstungskontrollverträgen und technologischer Entwicklungen – von neuartigen**

26 Waffensystemen, über den Cyberbereich bis hin zur militärischen Nutzung des
27 Weltraums. Daher wollen wir gerade in unsicheren Zeiten die Rüstungskontrolle =
28 auch für digitale Güter – stärken, Abrüstungsinitiativen wiederbeleben und, wo
29 möglich, neue anstoßen und mit Blick auf den Cyberbereich und darüber hinaus
30 auch nichtstaatliche Akteure mit in den Blick nehmen. Die Stärkung des Vertrags
31 zur Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) muss im Zentrum unserer Bemühungen
32 bleiben. Der Atomwaffenverbotsvertrag, bei dem Deutschland einen
33 Beobachterstatus innehat, stellt eine wichtige Ergänzung des NVV dar. Trotz der
34 enormen Herausforderungen durch die aktuelle Lage müssen wir uns zudem für ein
35 Nachfolgeabkommen zum New-START-Vertrag einsetzen. Das Ziel unserer Bemühungen
36 bleibt eine atomwaffenfreie Welt.

Begründung

1. Militärische Mittel bzw. ihre Vorhaltung sind nicht nur aktuell sondern auch zukünftig (mit Blick auf mehrere Generationen) unausweichlich. Wir Grüne stehen zur Bundeswehr sowie zur militärischen Beistandsverpflichtung in EU und NATO, so dass eine Demilitarisierung dem entgegen steht. Im Sinne einer kohärenten feministischen Außenpolitik braucht es dabei keiner Abgrenzung zu militärischen Mitteln, sondern deren Integration als Ultim-Ratio in einen gesamtheitlichen Ansatz.
2. Technologische Entwicklungen, zum Beispiel in den Bereichen Künstliche Intelligenz, Autonomie, Robotik, Cyber, Hyperschallflugkörper und Weltraum, und deren militärische Nutzung gehen einher mit neuen Herausforderungen für Rüstungskontrolle, Nichtverbreitung und Vertrauensbildung. Hier gilt es neue Wege zu finden und insbesondere auch zu versuchen, nichtstaatliche Akteure in den Blick zu nehmen (besonders im Cyberbereich).

A3 Sinn der Streitkräfte

Antragsteller*in: Imke Kügele, Winfried Nachtwei, Ingo
Henneberg, Daniel Hecken
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Antragsbehandlung

Antragstext

1 Streichungen kursiv/unterstrichen, Einfügungen **fett/unterstrichen**

2 Zeile 132 ff.:

3 Wir schreiben kollektive Sicherheit groß; gerade unsere Bündnisse und
4 Partnerschaften haben uns in den letzten Jahren den historisch einzigartigen
5 Frieden in Europa gebracht. Dazu gehört die Bündnis- und Europafähigkeit der
6 Streitkräfte. Um diesen zu sichern, braucht es auch gut ausgestattete,
7 interoperable, bündnisfähige und stärker integrierte Streitkräfte. Als Partei
8 haben wir in unserer Geschichte gelernt, dass in einzelnen Fällen die
9 Unterlassung militärischen Beistands zu weit größerem Leid führen kann. Die
10 Anwendung militärischer Gewalt bleibt Ultima Ratio. Militär bringt niemals die
11 Lösung, aber es schafft manchmal Zeitfenster, in denen Konflikte im Rahmen einer
12 regelbasierten Weltordnung politisch gelöst werden können. Militär kann jedoch
13 ein Zeitfenster für politische Lösungen und die Konfliktbearbeitung schaffen,
14 sowie potentielle Aggressoren abschrecken. Im Sinne der menschlichen
15 Schutzverantwortung der Vereinten Nationen verpflichten wir uns, Menschen vor
16 schwersten Menschenrechtsverletzungen zu schützen. Dabei wenden wir eine
17 Kombination aus Maßnahmen zur Krisenprävention, Krisenreaktion und
18 Krisennachsorge bzw. Wiederaufbau an.

Begründung

Als Grüne erkennen wir die Notwendigkeit der Streitkräfte sowie ihre Einbindung in unsere Bündnisse an. Daher ist es auch unsere Aufgabe, den Sinn von Streitkräften politisch zu vermitteln sowie zugleich deutlich zu machen, wie sich diese in die Bündnisse eingliedern sollen. Diesem trägt der Antrag, im Gegensatz zur vorherigen Formulierung des Leitantrages, Rechnung. Darüber hinaus spielt Militär im Rahmen der kollektiven Sicherheit und insbesondere der kollektiven Verteidigung, nicht nur durch dessen möglichen Einsatzes, sondern auch im Rahmen einer glaubwürdigen Androhung seines Einsatzes eine Rolle.

A4 Gesamtstaatliche Sicherheitsvorsorge und Bundeswehr

Antragsteller*in: Imke Kügele, Winfried Nachtwei, Daniel
Hecken
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Antragsbehandlung

Antragstext

1 Streichungen kursiv/unterstrichen, Einfügungen **fett/unterstrichen**

2 Zeile 142 ff.:

3 Angesichts unseres umfassenden Sicherheitsbegriffs reicht ein Sondervermögen für
4 die Bundeswehr allein nicht aus, **sondern es braucht zusätzliche Anstrengungen in**
5 **der gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge**. Wir setzen uns daher weiterhin für
6 den Ausbau der Kapazitäten für zivile Krisenprävention und Konfliktbearbeitung,
7 Diplomatie und humanitäre Hilfe, die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik
8 sowie für Stabilisierung und Entwicklungszusammenarbeit ein. Das Sondervermögen
9 für die Bundeswehr schafft jedoch notwendige Finanzspielräume, **die es auch**
10 **zukünftig gesichert und planbar** dringend braucht, damit die Bundeswehr ihren
11 Beitrag**ihre Beiträge** zur Landes- und Bündnisverteidigung im Rahmen der NATO **und**
12 **EU, zur Förderung von kollektiver Sicherheit und Stabilität und der**
13 **partnerschaftlichen Abwehr sicherheitspolitischer Bedrohungen für Staat,**
14 **Gesellschaft und Welthandels- und Versorgungswege, zur Stärkung**
15 **gesamtstaatlicher und gesamtgesellschaftlicher Resilienz und Handlungsfähigkeit**
16 **sowie zur Förderung der europäischen Integration, transatlantischen**
17 **Partnerschaft und multinationalen Zusammenarbeit** besser und unter neuen
18 Vorzeichen auch schneller **auftragsgerecht** leisten kann, ohne dass die Mittel im
19 Haushalt für den notwendigen ökologisch-sozialen Umbau unserer Gesellschaft
20 fehlen.

21 Zur notwendigen Stärkung der Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit gehören **neben**
22 **der Ertüchtigung von Partnerstaaten** auch **gesamtstaatliche** Maßnahmen **zurwie die**
23 Cybersicherheit, die Ertüchtigung von **Infrastrukturen und Versorgungsstrukturen,**
24 **der Abbau bürokratischer Hemmnisse und die Ertüchtigung des Zivil- und**
25 **Heimatschutzes**Partnerstaaten und der Zivilschutz. Eine ausreichende
26 Bereitstellung von entsprechenden Mitteln aus dem Bundeshaushalt ist hierfür von
27 großer Wichtigkeit. Besonders gilt es, die nachhaltige Stärkung der Resilienz
28 unserer Gesellschaft in den Blick zu nehmen.

Zeile 400 ff.:

Um das beschlossene Sondervermögen sinnvoll nutzen zu können, müssen das Beschaffungswesen reformiert und die, Beschaffungsmaßnahmen beschleunigt und **substanzielle Strukturmaßnahmen zur Steigerung der Einsatzfähigkeit, Agilität und Effizienz umgesetzt** werden. Das beschlossene Beschaffungsbeschleunigungsgesetz ist hierfür ein erster wichtiger Schritt. Weitere Schritte in Richtung vertiefter europäischer Zusammenarbeit müssen folgen. Vor diesem Hintergrund ist auch die Stärkung eines eigenständigen europäischen Rüstungssektors von Bedeutung. Dazu gehört insbesondere die Konsolidierung der europäischen Rüstungsindustrie – und dass Beschaffungen europäisch gedacht werden sollten, denn nationale Alleingänge sorgen nicht nur für höhere Preise, sondern auch für eine geringe Kompatibilität und Interoperabilität zwischen den Streitkräften.

Begründung

Es bedarf gesamtstaatlicher Anstrengungen zur um die Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit widerzuerlangen sowie international zu Sicherheit und Stabilität beizutragen. Dabei ist die stetige Kritik, dass nicht klar sei, welchen Auftrag die Bundeswehr in diesem Rahmen habe, so dass es geboten ist, diesen hier in den wesentlichen Punkten darzustellen. Darüber hinaus bedarf es neben der Steigerung der Kapazitäten für die zivile Konfliktbearbeitung ressourcengreifender Anstrengungen z.B. mit Blick auf die Infrastruktur, bürokratische und föderale Prozesse aber auch den Zivil- und Heimatschutz.

A5 Ukraine konsequent unterstützen

Antragsteller*in: Sprecher*innenteam

Tagesordnungspunkt: TOP 2 Antragsbehandlung

Antragstext

1 Streichungen kursiv/unterstrichen, Einfügungen **fett/unterstrichen**

2 Z. 24 ff.:

3 Der russische Angriffskrieg in der Ukraine führt uns vor Augen, wie fatal es
4 ist, wenn wir uns von Autokraten und außenpolitisch aggressiven Akteuren
5 abhängig machen. Und wir stellen fest, wie existentiell eine ausreichende zivile
6 und militärische Wehrhaftigkeit ist. Deshalb liefern wir Waffen an die Ukraine
7 und wollen das auch weiterhin verstärkt tun, wo nötig auch aus den Beständen der
8 Bundeswehr und der Industrie.**Deshalb halten wir unsere Versprechen und werden**
9 **die zugesagten Waffenlieferungen des Bundestagsentschlusses vom 28. April 2022**
10 **unverzüglich in die Ukraine liefern, sowie den EU-Partner*innen das zugesagte**
11 **Gerät im Rahmen der sogenannten Ringtauschlieferungen zeitnah ersetzen - wo**
12 **nötig auch aus den Beständen der Bundeswehr. Parallel halten wir die bereits**
13 **existierenden Sanktionen gegen Russland aufrecht und setzen uns auf EU-Ebene**
14 **gemeinsam mit den anderen EU-Staaten für eine einheitliche Verschärfung der EU-**
15 **Sanktionen gegen Russland ein. Wir werden die Ukraine - Staat, Bevölkerung und**
16 **Zivilgesellschaft - auch in Zukunft mit aller Kraft finanziell, humanitär und**
17 **mit militärischer Ausrüstung unterstützen.** Zur Wehrhaftigkeit gehört auch unsere
18 Mitgliedschaft in der NATO. Mit ihrer Beistandsverpflichtung garantiert sie als
19 multilaterales Verteidigungsbündnis unverzichtbaren Schutz für die gemeinsame
20 Sicherheit Europas und unserer Verbündeten.

Begründung

Ergänzung aufgrund des Beschlusses der BAG Frieden & Internationales vom 27.08.2022

A6 Erweiterter Sicherheitsbegriff

Antragsteller*in: Gerrit Kurtz, Sarah Brockmeier, Melanie Müller
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Antragsbehandlung

Antragstext

1 Streichungen kursiv/unterstrichen, Einfügungen **fett/unterstrichen**

- 2 • Z.72: Unser umfassender Sicherheitsbegriff bietet ein effektives
3 Instrument zur Prävention und Bearbeitung von Konflikten und Krisen sowie
4 zur Überwindung struktureller Gewalt. Wir denken dabei Sicherheit vom
5 Menschen aus, der mit seiner Würde und Freiheit im Zentrum unserer Politik
6 steht. Hierbei holen wir in Deutschland lange Versäumtes nach und nehmen
7 auch vergleichsweise neue sicherheitspolitische Bedrohungen sehr
8 entschlossen in den Blick. Die Stärkung der Menschenrechte, die Prävention
9 von Krisen und das gewaltfreie Handeln im Umgang mit Konflikten stehen
10 immer im Zentrum unserer Außen- und Sicherheitspolitik.
- 11 • Neue Formulierung: **Unsere Außen- und Sicherheitspolitik bleibt geleitet**
12 **vom Konzept der menschlichen Sicherheit. Wir denken Sicherheit von jedem**
13 **einzelnen Menschen aus, dessen Würde und Freiheit im Zentrum unserer**
14 **Politik stehen. Alle Menschen sollen frei von Furcht und Not leben können.**
15 **Wir integrieren endlich die sicherheitsrelevanten Aspekte aller Ressorts,**
16 **einschließlich Klimasicherheit, Ernährungssicherheit, digitale Sicherheit**
17 **und die Sicherheit kritischer Infrastruktur, welche militärische Landes-**
18 **und Bündnisverteidigung, zivile Konfliktbearbeitung, Diplomatie und**
19 **Entwicklungszusammenarbeit ergänzen. Überall setzen wir uns für den**
20 **Vorrang der Prävention von Krisen, die Stärkung der Menschenrechte und die**
21 **Überwindung struktureller Gewalt ein.**

Begründung

- Der Absatz ist verwirrend formuliert und wiederholt sich teilweise. Ein Begriff an sich ist noch kein Instrument zur Prävention und Bearbeitung von Krisen. Außerdem wird nicht erläutert, was denn bisher versäumt wurde und was jetzt an neuen Bedrohungen angegangen werden soll. Der letzte Satz wiederholt Teile des ersten Satzes zu Prävention und könnte für Außenstehende mit dem Begriff des "gewaltfreien Handelns" Verwirrung stiften - wir setzen uns ja u.a. für den Einsatz militärischer Gewalt

zur Selbstverteidigung der Ukraine ein.

- Der Antrag schlägt daher eine Umformulierung dieses Absatzes vor, welcher sich an der Überschrift der Abschnitte und bisherigen Programmen orientiert. Wichtig ist insbesondere der Unterschied zwischen menschlicher Sicherheit (Subjekt) und integrierter bzw. umfassender Sicherheit (Geltungsbereich). Die nationale Sicherheitsstrategie soll ja von einem "integrierten Sicherheitsbegriff" ausgehen, daher wäre es angezeigt, diesen hier auch zu verwenden - vermutlich war das auch mit "lange Versäumtes" gemeint.

A7 Völkerrecht (Redaktionelle Änderung)

Antragsteller*in: Sarah Brockmeier, Ingo Henneberg
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Antragsbehandlung

Antragstext

- 1 Streichungen kursiv/unterstrichen, Einfügungen **fett/unterstrichen**
- 2 • Z. 60: Als Grüne treten wir entschlossen für die in der Charta der
- 3 Vereinten Nationen verankerten Prinzipien des internationalen Rechts ein.

Begründung

Dies ist eine unnötige und vermutlich unbewusste Einschränkung, die Prinzipien des internationalen Rechts gehen weit über die UN-Charta hinaus bzw. sind teilweise sogar älter bzw. ihr vorgelagert - diese wollen Grüne natürlich auch weiterhin unterstützen.

A8 Schutzverantwortung (Redaktionelle Änderung)

Antragsteller*in: Sarah Brockmeier, Gerrit Kurtz, Ingo
Henneberg
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Antragsbehandlung

Antragstext

1 Streichungen kursiv/unterstrichen, Einfügungen **fett/unterstrichen**

2 Z. 138: Im Sinne der menschlichen Schutzverantwortung der Vereinten Nationen
3 verpflichten wir uns, Menschen vor schwersten Menschenrechtsverletzungen zu
4 schützen.

Begründung

Präzisierung, es gibt keine "menschliche Schutzverantwortung" sondern nur die Schutzverantwortung (Responsibility to Protect), bzw. eine internationale Schutzverantwortung.

A9 Unterstützung der ukrainischen Offensive

Antragsteller*in: Maximilian Gercke, Sonja Schiffrers
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Antragsbehandlung

Antragstext

1 Streichungen kursiv/unterstrichen, Einfügungen **fett/unterstrichen**

2 Z. 24: Der russische Angriffskrieg in der Ukraine führt uns vor Augen, wie fatal
3 es ist, wenn wir uns von Autokraten und außenpolitisch aggressiven Akteuren
4 abhängig machen. Und wir stellen fest, wie existentiell eine ausreichende zivile
5 und militärische Wehrhaftigkeit ist. Deshalb liefern wir Waffen an die Ukraine
6 und wollen das auch weiterhin verstärkt tun, wo nötig auch aus den Beständen der
7 Bundeswehr und der Industrie. **Das Ziel unserer Unterstützung ist es, der Ukraine**
8 **zu ermöglichen, die russischen Truppen von ihrem Territorium zu vertreiben.**
9 **Daher liefern wir Kyjiw die angefragten Kampf- und Schützenpanzer, welche**
10 **dringen hierfür benötigt werden und setzen uns im Rahmen des Ringtausches für**
11 **Lieferungen dieser Systeme durch unsere Partner*innen ein.** Zur Wehrhaftigkeit
12 gehört auch unsere Mitgliedschaft in der NATO. Mit ihrer Beistandsverpflichtung
13 garantiert sie als multilaterales Verteidigungsbündnis unverzichtbaren Schutz
14 für die gemeinsame Sicherheit Europas und unserer Verbündeten.

Begründung

Sollte die Ukraine die russischen Truppen nicht von ihrem Territorium vertreiben können, wäre die Folge eine permanente Konfliktlinie entlang einer geteilten Ukraine und ein (Teil-)Sieg Putins. Es ist daher nicht genug, der Ukraine nur Haubitzen und Panzerabwehrwaffen zu liefern - auch wenn dies ein großer Schritt für uns war. Selbstverteidigung heißt auch, den Angreifer zurückzutreiben. Ziel unserer wertgeleiteten Außenpolitik muss es daher sein, die Ukraine auch in ihren Offensiven zu unterstützen, mit denen sie die russischen Truppen endgültig zurückschlägt. Hierfür müssen wir auch Kampf- und Schützenpanzern liefern und unseren Partner*innen durch den Ringtausch ermöglichen, dies ebenfalls zu tun.

A10 Konkretisierung der Mittel für zivile friedensfördernde Maßnahmen

Antragsteller*in: Ottmar von Holtz, Melanie Müller, Sarah
Brockmeier, Ingo Henneberg, Gerrit Kurtz
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Antragsbehandlung

Antragstext

1 Streichungen kursiv/unterstrichen, Einfügungen **fett/unterstrichen**

2 Zeile 94ff (FS) Mittel für zivile friedensfördernde Maßnahmen – beispielsweise
3 im Rahmen der zivilen Krisenprävention, partnerschaftlicher
4 Entwicklungszusammenarbeit, humanitärer Hilfe oder zivilgesellschaftlicher
5 Kooperationen wie Austauschprogrammen und dekolonialen Initiativen **sowie der**
6 **auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik und der Friedens- und Konfliktforschung**
7 – müssen gerade angesichts der aktuellen Weltlage umfassend und adäquat
8 aufgestockt werden. Dies gilt auch für Frühwarnsysteme für Konflikte und
9 gestärkte Analysefähigkeit. **Vor allem die institutionelle Förderung in diesem**
10 **Bereich, wie die des Zivilen Friedensdienstes, des DAAD oder der Deutschen**
11 **Stiftung Friedensforschung brauchen eine Wachstumsperspektive. Zudem müssen wir**
12 **die Verpflichtung in den Leitlinien Krisenprävention für mehr**
13 **Öffentlichkeitsarbeit für Friedensförderung endlich erfüllen.** Durch solche
14 zivile Maßnahmen können strukturelle Marginalisierungen, Konflikte und damit
15 menschliches Leid in ihrer Intensität langfristig reduziert oder gar verhindert
16 werden. Dies führt zu nachhaltiger Stabilisierung und einer Verbesserung der
17 Menschenrechtslage in den betroffenen Staaten und Regionen.

Begründung

Bisher ist der Absatz ziemlich allgemein gehalten. Mittel für zivile Konfliktbearbeitung steigen bisher weiter, für humanitäre Hilfe und EZ jedoch nicht. Gerade beim Erfolgsmodell des ZFD stocken die Mittel jedoch, daher sollte dieser hier explizit erwähnt werden. Hinzu kommt, dass das Bundeskabinett starke Kürzungen in der institutionellen Förderung des DAAD und weiterer Träger der AKBP beschlossen hat,
https://www.daad.de/de/der-daad/kommunikation-publikationen/presse/pressemitteilungen/daad-vor-grossen-einschnitten_juli22/

A11 Zusammenarbeit mit Taiwan intensivieren

Antragsteller*in: Marcel Ernst, Melanie Müller, Ottmar von
Holtz, Sebastian Stölting
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Antragsbehandlung

Antragstext

1 Streichungen kursiv/unterstrichen, Einfügungen **fett/unterstrichen**

2 Z. 347ff: Die Hegemonie-Ambitionen Chinas und seine aggressive Außenpolitik
3 berühren unsere Werte und Interessen wie auch unsere Sicherheit. China negiert
4 in vielen Bereichen die internationale Rechtsordnung. Die Niederschlagung der
5 Demokratie-Bewegung in Hongkong, die aggressiven Drohungen gegen Taiwan, die
6 schweren Menschenrechtsverbrechen gegen die Uigur*innen und die aggressive
7 Expansionspolitik im südchinesischen Meer sind dafür exemplarisch. China
8 versucht zudem immer öfter, seine wirtschaftliche Kraft zur Schaffung von
9 Abhängigkeiten zu nutzen. Dem treten wir entschlossen entgegen. Dafür müssen wir
10 auch national unsere Abhängigkeiten überprüfen und auf eine europäische
11 Strategie der wirtschaftlichen Diversifizierung setzen. Im Rahmen der
12 europäischen Ein-China-Politik wollen wir die wirtschaftliche und politische
13 Zusammenarbeit mit Taiwan zum Nutzen beider Seiten intensivieren. Dazu gehören
14 ein Abkommen über resiliente Lieferketten und ein bilaterales
15 Investitionsabkommen. Wir betonen, dass eine Änderung des Status Quo in der
16 Taiwanstraße nicht einseitig und nicht gegen den Willen der Bevölkerung Taiwans
17 stattfinden darf. Wir unterstützen Taiwans relevante Beteiligung an der Arbeit
18 internationaler Organisationen wie der WHO, WHA, ICAO oder Interpol. Unter
19 Berücksichtigung der systemischen Rivalität sind wir, wo möglich, zur
20 Zusammenarbeit bereit und scheuen dabei nicht den Wettbewerb.

21 Russland und China weisen beide, trotz erheblicher Interessensunterschiede, eine
22 gemeinsame autokratische und totalitäre Haltung auf, die die völkerrechtlich
23 verbriefte Gleichberechtigung aller Staaten ablehnt.

Begründung

mündlich

A12 Völkerrechtliche Präzisierung: Rüstungsexportpolitik

Antragsteller*in: Ingo Henneberg, Marcel Ernst, Sarah
Brockmeier
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Antragsbehandlung

Antragstext

- 1 Streichungen kursiv/unterstrichen, Einfügungen **fett/unterstrichen**
- 2 Z. 388: Unter dieser Maßgabe bedeutet das Selbstverteidigungsrecht im
- 3 **Völkerrecht** (kodifiziert u.a. in Art. 51 der UN-Charta) für uns als
- 4 Friedenspartei, dass Staaten **und de-facto Staaten**, die bedroht oder angegriffen
- 5 werden, auch mit der Lieferung von Waffen unterstützt werden können.

Begründung

Völkerrechtliche Präzisierung: Das völkerrechtliche (auch völkergewohnheitsrechtlich geltende) Selbstverteidigungsrecht geht der UN-Charta vor ("Diese Charta beeinträchtigt im Falle eines bewaffneten Angriffs gegen ein Mitglied der Vereinten Nationen keineswegs das naturgegebene Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung,[...] Art. 51, Satz 1, UN-Charta) und gilt auch für Staaten oder de-facto Regime die nicht selbst Mitglied der UN sind. Zwar wäre völkerrechtlich der Begriff "de-facto Regime" korrekter, aufgrund der missverständlichen Wahrnehmung des politikwissenschaftlichen/völkerrechtlichen Fachbegriffs Regime verzichten wir jedoch bewusst darauf.

A13 NATO, Transatlantische Beziehung - Wertebündnis, kritisch weiterentwickeln

Antragsteller*in: Sebastian Stölting, Melanie Müller, Imke Kügele
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Antragsbehandlung

Antragstext

1 Streichungen kursiv/unterstrichen, Einfügungen **fett/unterstrichen**

2 Z. 273 ff

3 Die NATO ist gerade in dieser neuen Zeit eine unverzichtbare Akteurin für unsere
4 Sicherheit. Das Zusammenrücken angesichts des russischen Angriffskriegs auf die
5 Ukraine darf jedoch nicht über Spannungen innerhalb des Bündnisses
6 hinwegtäuschen. Es gilt, den demokratischen europäischen Pfeiler in der neuen,
7 erweiterten NATO zu stärken. **Die EU und ihre Mitgliedstaaten übernehmen mehr**
8 **außen- und sicherheitspolitische Verantwortung. Das gilt insbesondere für die**
9 **Sicherheit der östlichen Nachbarländer der EU wie auch der baltischen Staaten**
10 **und Polens.** Die transatlantische Partnerschaft mit den USA bleibt dabei
11 zentraler Stützpfeiler **unserer und europäischer Außen- und Sicherheitspolitik.**
12 *Doch diese Stärke hängt auch von der weiteren innenpolitischen Entwicklung der*
13 *US-Demokratie ab.* **Die Stärke unserer Werte- und Verteidigungsgemeinschaft misst**
14 **sich auch an der in ihr gelebten Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und überzeugend**
15 **umgesetztem Multilateralismus. Wir setzen uns für den weltweiten**
16 **Menschenrechtsschutz, die Weiterentwicklung internationaler Rechtsnormen,**
17 **globale Rüstungskontrolle, eine regelbasierte Weltordnung und die Stärkung einer**
18 **verantwortungsbewussten Handelspolitik ein.** *Auch sind die* **Die** wiederholten
19 völkerrechtswidrigen Interventionen der Türkei gegen die Kurd*innen in Syrien
20 und im Irak wie auch der Abbau der eigenen Rechtsstaatlichkeit **sind** mit dem
21 Anspruch der NATO als Wertebündnis nicht vereinbar.

Begründung

Betonung der eigenen sicherheitspolitischen Anstrengungen der EU Länder
Kritische Auseinandersetzung mit der wichtigen Transatlantischen Partnerschaft
Sie ist eine Wertegemeinschaft, mit klaren Zielen.

A14 Menschenrechte in Russland

Antragsteller*in: Sonja Schiffers, Holger Haugk, Viola von
Cramon, Ottmar von Holtz, Marcel Ernst,
Maximilian Gercke
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Antragsbehandlung

Antragstext

1 Streichungen kursiv/unterstrichen, Einfügungen **fett/unterstrichen**

2 Z. 339 ff.: Das revisionistische Russland unter Vladimir Putin stellt eine
3 Bedrohung der Sicherheit und Freiheit der Menschen in Europa dar. Wir suchen
4 nicht die Konfrontation, sondern sind zu Kommunikation, gezielter Kooperation,
5 zum Risikomanagement, zur Eskalationsvermeidung und Transparenz der Beziehungen
6 bereit. Trotzdem waren wir immer wieder zu einem Dialog mit Russland bereit, sind
7 mit diesem Ansatz jedoch gescheitert. Ein Partner wird Russland für uns aber
8 künftig nur in dem Maße sein können, wie es sich an internationales Recht hält.
9 Unser Leitbild ist das gleiche Recht aller Staaten, wie es die UN-Charta
10 vorsieht. Dabei treten wir für die Souveränität und territoriale Integrität
11 aller Länder ein und lehnen die imperiale Idee von Einflusszonen ab. Einer
12 Ideologie, die auf das Recht des Stärkeren setzt, setzen wir die Herrschaft des
13 Rechts entgegen. Wir zeigen uns solidarisch mit denjenigen, die dem zunehmenden
14 Totalitarismus trotzen und sich trotz der Repressionen für ein Russland
15 einsetzen, das Frieden und Menschenrechte respektiert, anstatt sie mit Füßen zu
16 treten.

Begründung

- "Wir suchen nicht die Konfrontation, sondern sind zu Kommunikation, gezielter Kooperation, zum Risikomanagement, zur Eskalationsvermeidung und Transparenz der Beziehungen bereit." - Das ist unnötig defensiv und die Betonung der "gezielten Kooperation" unangebracht, während Russland weiter laufend Verbrechend in der Ukraine begeht und ohnehin zu keiner ernsthaften Kooperation bereit ist. Stattdessen sollten wir uns unser Scheitern ehrlich eingestehen.
- "Unser Leitbild ist das gleiche Recht aller Staaten, wie es die UN-Charta vorsieht." - Dieser Satz ist repetitiv und kann gestrichen werden.

- Die innenpolitische Lage, der zunehmende Totalitarismus und die Missachtung der Menschenrechte in Russland sowie unsere Haltung dazu fehlen bislang gänzlich. Dies sollte hinzugefügt werden, ebenso die Solidarität mit denjenigen, die sich für ein anderes Russland einsetzen.

A15 Georgien nicht zurücklassen

Antragsteller*in: Sonja Schiffers, Holger Haugk, Viola von
Cramon, Maximilian Gercke, Marcel Ernst
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Antragsbehandlung

Antragstext

- 1 Streichungen kursiv/unterstrichen, Einfügungen **fett/unterstrichen**
- 2 Z. 22 f: Wir haben einstimmig für einen EU-Kandidatenstatus der Ukraine und
- 3 Moldau **sowie die Beitrittsperspektive für Georgien** gestimmt – und unterstützen
- 4 die Aufnahme Finnlands und Schwedens in die NATO.

Begründung

Es ist unklar, warum Georgien an dieser Stelle nicht erwähnt wird, sondern erst weiter unten im Text. Das suggeriert, dass wir Georgien weniger als Teil Europas und von der Aggression des Kremls betroffen betrachten. Zudem sollten wir die bereits entstandene Spaltung zwischen der Ukraine und der Republik Moldau auf der einen Seite und Georgien auf der anderen Seite nicht dadurch weiter vertiefen, dass wir Georgien gewissermaßen "zurücklassen". Stattdessen sollten wir deutlich machen, dass Georgien die gleiche politische Unterstützung für den Beitrittsprozess wie die Ukraine und Moldau genießt und dass die Verleihung des Kandidatenstatus für Georgien nur von der Bereitschaft der georgischen Regierung zur Erfüllung der EU-Kriterien abhängt.

A16 Diversifizierung von Lieferketten

Antragsteller*in: Melanie Müller, Marcel Dickow, Ottmar von
Holtz, Sarah Brockmeier
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Antragsbehandlung

Antragstext

1 Streichungen kursiv/unterstrichen, Einfügungen **fett/unterstrichen**

2 Z. 129 ff.:

3 Starke Abhängigkeiten beim Import von Rohstoffen und Bauteilen, aber auch das
4 blinde Vertrauen auf vermeintlich störungsfreie Lieferketten gefährden unsere
5 ökonomische Sicherheit und damit auch den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. **Wir**
6 **setzen daher auf die Diversifizierung von Lieferketten und stärken vorrangig die**
7 **Partnerschaften mit den Staaten, die als Wertepartnerinnen für die deutsche**
8 **Außenpolitik gelten. Diese wollen wir so gestalten, dass sie unsere Interessen**
9 **nicht einseitig befördern, sondern durch attraktive Angebote die Interessen der**
10 **Partnerländer - wie lokale Wertschöpfung, faire Arbeitsplätze und nachhaltige**
11 **Produktionsbedingungen - berücksichtigen, um so langfristig stabile Allianzen zu**
12 **schmieden.**

Begründung

Begründung mündlich

A17 Für weltweiten Klimaschutz und eine gemeinsame Klimaaußenpolitik

Antragsteller*in: Sebastian Stölting, Josephine Assmus,
Baptiste Aguila, Imke Kügele, Marcel Ernst
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Antragsbehandlung

Antragstext

1 Streichungen kursiv/unterstrichen, Einfügungen **fett/unterstrichen**

2 Z. 128a- neuer Absatz eingefügt:

3 **Für weltweiten Klimaschutz und eine gemeinsame Klimaaußenpolitik** (*Neue Abschnitt*
4 *Überschrift*)

5 Wir denken Klimaschutz europäisch und weltweit. Das weltweite Erreichen von
6 Klimaneutralität sowie die Bewältigung von Klimafolgen ist die
7 ressortübergreifende strategischen Priorität unseres internationalen politischen
8 Handelns. Internationale Kooperation liefert die Grundlage für eine gemeinsame
9 strategische Klimaaußenpolitik und sichert die Erreichung des 1,5 Pfads auf
10 globaler Ebene. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir weiter mit allen
11 Akteuren und Staaten weltweit die Einleitung und Einhaltung eines transparenten
12 Fahrplans zur Bekämpfung der Klimakrise und Klimafolgen verhandeln. Dies macht
13 gemeinsame politische, wirtschaftliche und technologische Anstrengungen
14 notwendig. Wir verstehen Klimaaußenpolitik als Bestreben, in allen
15 internationalen Kreisen die Folgen des Klimawandels vorzubeugen, abzumildern,
16 und notfalls auszugleichen. Wir stärken die europäische Klimadiplomatie und
17 unsere diplomatischen Fähigkeiten, in den internationalen Klimaverhandlungen -
18 Conferences of the Parties - Erfolge zu erzielen. Internationale Kooperation ist
19 die Grundlage für eine gemeinsame Klimaaußenpolitik, sie ist klimapolitisch
20 notwendig, verfolgt die Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele, beugt
21 Ressourcenkonflikten vor und sichert Frieden. Die Energiebedarfe steigen
22 weltweit weiter an: Mit Klima- und Entwicklungspartnerschaften wollen wir
23 Technologietransfer und Innovationen zur Klimaneutralität global vorantreiben.
24 Wir unterstützen weltweit die nachhaltige Transformation aller Sektoren: Von der
25 Landwirtschaft über die Industrie bis zum Dienstleistungs- und Energiesektor
26 setzen wir uns für nachhaltige Produktionsstandards ein. Die europäische
27 Klimaaußenpolitik wollen wir dadurch unterstützen, dass wir sowohl das
28 Auswärtige Amt (AA) als auch den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD)
29 aufstocken. Gerade auch in Zeiten des Krieges müssen eine feministische

Außenpolitik und Klimaaußenpolitik gemeinsam gedacht werden. Wir wollen bestehende globale Hierarchiestrukturen hinterfragen und ein Mainstreaming von Klimaschutz in der Außenpolitik erreichen.

Z. 129 ff.:

Starke Abhängigkeiten beim Import von Rohstoffen und Bauteilen, aber auch das blinde Vertrauen auf vermeintlich störungsfreie Lieferketten gefährden unsere ökonomische Sicherheit und damit auch den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. **Zur Erreichung einer strategischen Unabhängigkeit, vor allem von menschenrechtsverletzenden Staaten, benötigen wir eine strategisch und europäisch gedachte Energie- und Klimaaußenpolitik. Erneuerbare Energien bedeuten für uns in Europa und Partner*innen weltweit Sicherheit und Unabhängigkeit.**

Begründung

Klimaaußenpolitik ist ein zentrales Konzept Grüner Außenpolitik - neben feministisch, europäisch, multilateralen Ansätzen muss die strategisch alle Sektoren umfassende Klimaaußenpolitik im Antrag eine eigenen Absatz samt Überschrift - analog zur davor eingeführten feministischen Außenpolitik erhalten

A18 Zusammenarbeit mit Afrika und Lateinamerika intensivieren

Antragsteller*in: Melanie Müller, Ingo Henneberg, Ottmar
von Holtz

Tagesordnungspunkt: TOP 2 Antragsbehandlung

Antragstext

1 Streichungen kursiv/unterstrichen, Einfügungen **fett/unterstrichen**

2 Z. 89 ff.:

3 Ein zentraler Bestandteil unseres Verständnisses von Sicherheit ist auch eine
4 feministische Außenpolitik. Sie steht für die Umsetzung der Menschenrechte
5 aller, die Gleichberechtigung der Geschlechter, die Überwindung struktureller
6 Ungleichstellung marginalisierter Gruppen – beispielsweise von Indigenen, von
7 Rassismus Betroffenen oder LSBTIQ* –, für die gerechte Verteilung von Macht und
8 Ressourcen sowie ein Leben in Würde und Selbstbestimmung aller. Zahlreiche
9 Forschungen belegen einen starken Zusammenhang zwischen
10 Geschlechtergerechtigkeit und Frieden. Die Überwindung der vorherrschenden
11 strukturellen Gewalt gegen Frauen und marginalisierte Gruppen ist Voraussetzung
12 für nachhaltigen Frieden und umfassende menschliche Sicherheit. Unsere
13 Außenpolitik und alle Politikfelder müssen daher in Kooperation mit
14 feministischen Akteur*innen ausnahmslos und institutionell verankert
15 intersektional-feministisch ausgerichtet werden. **Hierzu suchen wir den**
16 **Schulterschluss mit Akteur*innen auf der ganzen Welt und intensivieren**
17 **insbesondere die Zusammenarbeit mit jenen in Afrika und Lateinamerika.**

A19 Auch wissenschaftliche Kooperation benennen

Antragsteller*in: Melanie Müller, Marcel Ernst

Tagesordnungspunkt: TOP 2 Antragsbehandlung

Antragstext

1 Streichungen kursiv/unterstrichen, Einfügungen **fett/unterstrichen**

2 Z. 94 ff.:

3 Mittel für zivile friedensfördernde Maßnahmen – beispielsweise im Rahmen der
4 zivilen Krisenprävention, partnerschaftlicher Entwicklungszusammenarbeit,
5 humanitärer Hilfe oder zivilgesellschaftlicher **und**
6 **wissenschaftlicher**Kooperationen wie Austauschprogrammen und dekolonialen
7 Initiativen – müssen gerade angesichts der aktuellen Weltlage umfassend und
8 adäquat aufgestockt werden. Dies gilt auch für Frühwarnsysteme für Konflikte und
9 gestärkte Analysefähigkeit. Durch solche zivile Maßnahmen können strukturelle
10 Marginalisierungen, Konflikte und damit menschliches Leid in ihrer Intensität
11 langfristig reduziert oder gar verhindert werden. Dies führt zu nachhaltiger
12 Stabilisierung und einer Verbesserung der Menschenrechtslage in den betroffenen
13 Staaten und Regionen.

Begründung

Aufgrund der aktuellen Kürzungen bei wissenschaftlichen Austauschprogrammen sollte an dieser Stelle die wissenschaftliche Kooperation noch einmal explizit benannt werden

A20 Folgen der Pandemie benennen

Antragsteller*in: Melanie Müller, Sarah Brockmeier,
Sebastian Stölting, Marcel Dickow, Ingo
Henneberg, Ottmar von Holtz
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Antragsbehandlung

Antragstext

1 Streichungen kursiv/unterstrichen, Einfügungen **fett/unterstrichen**

2 Z. 50 ff.:

3 Diese Entwicklung verschlimmert die soziale und wirtschaftliche Situation gerade
4 in den Staaten, die bereits durch die Klimakrise **und die sozioökonomischen**
5 **Folgen der Covid-Pandemie** mit großen Versorgungskrisen zu kämpfen haben, und
6 erhöht das Risiko interner Konflikte. Diesem perfiden Versuch Putins, die
7 Weltgemeinschaft zu spalten, müssen wir mit verstärkter Kooperation zwischen den
8 Demokratien und mehr multilateralem Engagement bei der Bewältigung der globalen
9 Krisen entschieden entgegentreten – insbesondere in den Bereichen Klimaschutz
10 und Energie, Ernährung und Konfliktbearbeitung. Denn die weltweite Sicherheit
11 hängt nicht vom simplen „für oder gegen“ Russland und China ab, sondern von der
12 Frage, wer das Völkerrecht und damit die Gleichberechtigung aller Staaten als
13 Grundlage für die internationale Friedensordnung akzeptiert, respektiert und
14 verteidigt; und welche Staaten stattdessen auf eine Politik des
15 Großmachtstrebens setzen. Als Grüne treten wir entschlossen für die in der
16 Charta der Vereinten Nationen verankerten Prinzipien des internationalen Rechts
17 ein. Wir werden es nicht zulassen, dass Freiheit durch Unterdrückung, Demokratie
18 durch Diktatur und Würde durch Erniedrigung ersetzt werden.

Begründung

Viele Staaten leiden nach wie vor unter den gravierenden Folgen der Coronakrise. Dies wird im Leitantrag des Bundesvorstandes nicht hinreichend berücksichtigt und sollte mindestens auch an dieser Stelle explizit benannt werden.

A21NEU Transparenzpflichten der Regierung bei Rüstungsexporten gesetzlich verankern

Antragsteller*in: Marcel Dickow, Melanie Müller

Tagesordnungspunkt: TOP 2 Antragsbehandlung

Antragstext

1 Streichungen kursiv/unterstrichen, Einfügungen **fett/unterstrichen**

2 Zeile 380 ff.:

3 Als Grüne setzen wir uns seit langem für eine restriktive, transparente und
4 verantwortungsvolle Rüstungsexportpolitik ein. Für uns ist die Ausfuhr von
5 Waffen sind Rüstungsexporte kein Instrument der Industriepolitik. Die Regelungen
6 zur Rüstungsexportkontrolle auf deutscher Ebene wollen wir mit einem
7 Rüstungsexportkontrollgesetz stärken, das insbesondere Transparenz über die
8 erteilten Genehmigungen und ihre jeweilige inhaltliche Begründung sowie über die
9 tatsächliche Ausfuhr von Kriegswaffen und Rüstungsgütern schafft. Weiterhin
10 werden wir und uns dafür einsetzen, auf EU-Ebene dafür einsetzen, und für
11 gemeinsame Rüstungsk Kooperationen ein verbindliches, im Einklang mit den acht
12 Kriterien des Gemeinsamen Standpunktes der EU nachvollziehbares Regime zur
13 europäischen und gemeinsamen Waffenexportkontrolle zu schaffen implementieren.
14 Die von uns stets eingeforderte restriktive Rüstungsexportpolitik **entlang**
15 **strategischer außen- und sicherheitspolitischer Erwägungen** bleibt der Maßstab
16 unseres Handelns. Das bedeutet, dass Exporte von Waffen an Diktaturen und
17 Menschenrechtsverletzer*innen beendet werden müssen.

A22 Präzisierung zur Stärkung eines eigenständigen europäischen Rüstungssektors

Antragsteller*in: Daniel Hecken, Imke Kügele, Ingo Henneberg
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Antragsbehandlung

Antragstext

1 Streichungen kursiv/unterstrichen, Einfügungen **fett/unterstrichen**

2 Zeile 400 ff.:

3 Um das beschlossene Sondervermögen sinnvoll nutzen zu können, müssen das
4 Beschaffungswesen reformiert und die Beschaffungsmaßnahmen beschleunigt werden.
5 Das beschlossene Beschaffungsbeschleunigungsgesetz ist hierfür ein erster
6 wichtiger Schritt. Weitere Schritte in Richtung vertiefter europäischer
7 Zusammenarbeit müssen folgen. Vor diesem Hintergrund ist auch die Stärkung eines
8 eigenständigen europäischen Rüstungssektors von Bedeutung, um die
9 **Voraussetzungen für die materielle Stärkung und Aufrechterhaltung der Bündnis-**
10 **und Landesverteidigung sowie des verteidigungsbedingten Bedarfs unserer Partner**
11 **zu schaffen**. Dazu gehörtgehören insbesondere **Planbarkeit und** die Konsolidierung
12 der europäischen Rüstungsindustrie – und dass Beschaffungen europäisch gedacht
13 werden sollten, denn nationale Alleingänge sorgen nicht nur für höhere Preise,
14 sondern auch für eine geringe Kompatibilität und Interoperabilität zwischen den
15 Streitkräften.

Begründung

Es bedarf Maßnahmen und industriepolitische Voraussetzungen, um auch die materiellen Voraussetzungen für die Stärkung und Aufrechterhaltung der Bündnis- und Landesverteidigung sowie der verteidigungsbedingten Bedarfe unserer Partner zu erfüllen. Insbesondere, sofern diese Voraussetzungen nicht durch industriepolitische Rüstungsexporte gestützt werden sollen.